

(A)

(C)

90. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 4. März 2015

Beginn: 13.01 Uhr

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Sitzung ist eröffnet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie herzlich und rufe unseren Tagesordnungspunkt 1 auf:

Befragung der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat uns als Thema der heutigen Kabinettsitzung mitgeteilt: **Jahresabrüstungsbericht 2014.**

(B) Für den einleitenden Bericht steht der Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zur Verfügung. Anschließend werden Fragen dazu und gegebenenfalls sonstige Fragen an die Bundesregierung aufgerufen.

Herr Minister, bitte schön.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute hat das Bundeskabinett den 32. Jahresabrüstungsbericht der Bundesregierung verabschiedet. Wie Sie wissen, fällt dieser Bericht in eine außen- und sicherheitspolitisch äußerst brisante Zeit: Konflikte in der Ukraine, in Syrien und im Irak sowie der Vormarsch von Terrorgruppen wie ISIS im Mittleren Osten oder Boko Haram in Afrika. Wir sind mit einer Vielzahl von internationalen Krisen konfrontiert, wie es in der jüngeren Vergangenheit geradezu beispiellos ist.

Was den Einsatz der OSZE im Rahmen der Ukraine-Krise angeht, wird deutlich, welche große Bedeutung der Rüstungskontrollpolitik in der Tat zukommt. Es wird aber auch klar, mit welchem Einsatz und welchen Risiken sie verbunden ist. Denken Sie zum Beispiel an die Geiselnahme deutscher und internationaler Inspektoren im Frühjahr 2014 in der Region von Luhansk, die am Ende glücklich ausgegangen ist. Ich will die Gelegenheit nutzen, um allen beteiligten Soldatinnen und Soldaten sowie den zivilen Helferinnen und Helfern an dieser Stelle für ihren Einsatz recht herzlich zu danken.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Dank an die Bundeswehr will ich auf ihre Hilfe, Unterstützung und maßgebliche Rolle bei der Vernichtung von Chemiewaffen aus Syrien ausweiten. In Kürze werden hier in Deutschland in der Tat die letzten Reste von insgesamt 360 Tonnen Senfgas aus syrischen Chemiewaffenbeständen vernichtet sein. Gerade jetzt, wo in Syrien die neue Bedrohung der ISIS-Banden wütet, wird vielleicht umso deutlicher, wie unendlich wichtig es ist, dass wir diese Waffen – hoffentlich noch rechtzeitig – aus der Welt geschafft haben.

(D) Auch in den Iran-Verhandlungen gibt es vorsichtige Anzeichen für Hoffnung. Wer die Verhandlungen der letzten zehn Jahre in Erinnerung hat, der muss zugeben – das wurde auch gestern in Genf gesagt –: In den neun Jahren zuvor sind wir nicht so weit gekommen wie in den letzten zwölf Monaten. – Zum ersten Mal habe ich den Eindruck, dass auch die iranische Seite wirklich ernsthaft mit dem Ziel eines Abschlusses verhandelt. Es sind nicht alle Hürden überwunden. Aber angesichts des bisherigen Fortschritts lohnt es sich, um auch die letzten Hürden in Angriff zu nehmen. Man muss hoffen, dass Mut, Kreativität, aber auch Bereitschaft aufseiten des Iran, tatsächlich auf Atomwaffen zu verzichten, ausreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, all das sind Krisenherde, auf die wir natürlich aktuell reagieren müssen. Aber zugleich müssen wir uns fragen: Ist es eigentlich Zufall, dass so viele und so komplexe Krisen zur gleichen Zeit stattfinden? Ich glaube, es entladen sich systematisch Spannungen in einer Welt, in der uns bekannte internationale Ordnungsstrukturen an Prägekraft verloren haben und die auf der einen Seite enger zusammenwächst, in der auf der anderen Seite Gegensätze umso häufiger aufeinanderprallen. Deutschland ist als global vernetztes Land wie kein anderes auf den Erhalt bzw. die Stärkung einer regelbasierten Ordnung angewiesen. Deshalb bemühen wir uns um die Stärkung der internationalen Ordnung.

In diesem Zusammenhang sehe ich auch das heutige Thema Abrüstung. Ganz bewusst habe ich deshalb gestern den Weg nach Genf angetreten und habe dort vor der Abrüstungskonferenz geredet. Aufgrund der Abrüs-

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) tung entstehen seit Jahrzehnten Verträge, Prozesse und Bausteine der internationalen Ordnung. Vor zwei Monaten trat der internationale Waffenhandelsvertrag ATT in Kraft, ein Meilenstein für die internationale Regulierung von Rüstungsexporten, insbesondere von Kleinwaffen. Genauso wie viele andere Fälle zeigt dieser Fall: In der Abrüstung findet seit Jahrzehnten das wichtigste Prinzip für die internationale Ordnung umfassend Anwendung, nämlich der Multilateralismus. Die Abrüstung ist Teil der Arbeit an der internationalen Ordnung und Teil der Arbeit bei der Schaffung internationaler Regeln, die wir erneuern und stärken müssen.

Zum Schluss. In diesem Hohen Hause genießt die Arbeit für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung seit Jahren einen hohen Stellenwert und breite Unterstützung von allen Seiten. Dafür bedanke ich mich und setze darauf, dass dies auch im größeren Kontext der internationalen Friedensordnung und in den wahrhaftig schwierigen Fragen, die noch auf uns zukommen werden, der Fall sein wird.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank, Herr Minister. – Ich habe bereits eine ganze Reihe von Wortmeldungen notiert und bitte die Geschäftsführer, zu helfen, dass wir niemanden übersehen. Als Erster Herr van Aken.

- (B) **Jan van Aken (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Herr Präsident. Vielen Dank, Herr Steinmeier. – Abrüstung fängt bekanntlich zu Hause an; sonst findet sie gar nicht statt. Ich finde erwähnenswert, dass Sie in Ihren Ausführungen, aber auch bei den Schwerpunkten Ihres Jahresrüstungsberichtes 2014 zum Beispiel auf die Nuklearwaffen im Iran hinweisen, aber nicht auf die in Deutschland.

Ich frage Sie, Herr Steinmeier: Sind die amerikanischen Atomwaffen mittlerweile aus Deutschland abgezogen, oder sind sie immer noch in Büchel stationiert? Ich weiß, dass der ehemalige Bundesaußenminister Herr Westerwelle dies wenigstens zum Thema gemacht hat. Er hat zwar überhaupt nichts getan, hat es aber wenigstens zum Thema gemacht. Davon finde ich bei Ihnen gar nichts mehr wieder. Heißt das, dass sie weg sind oder dass Sie das Thema aufgegeben haben? Sie müssen sich hier selbst einmal an die Nase fassen. Was tut die Bundesregierung für die nukleare Abrüstung nicht nur im Iran – es ist völlig richtig, was dort passiert –, sondern auch in Deutschland?

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Minister.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herzlichen Dank für die Frage. – Das Thema ist keineswegs aufgegeben. Es ist nach wie vor virulent, aber es ist ebenso schwierig wie in den letzten Jahren. Die

Bundesregierung setzt sich – das wissen Sie; die meisten wollen es auch wissen – gegenüber den USA und Russland dafür ein, dass Verhandlungen zu verifizierbarer und vollständiger Abrüstung im substrategischen Nuklearbereich tatsächlich beginnen. Erfolgreiche Abrüstungsgespräche schaffen die Voraussetzung dafür, dass der Abzug der in Deutschland und Europa stationierten taktischen Atomwaffen tatsächlich stattfindet. Wir selbst sind in der Frage unverändert engagiert. Das Auswärtige Amt hat gerade erst im letzten Jahr, im März 2014, gemeinsam mit der Stiftung Wissenschaft und Politik ein internationales Seminar veranstaltet, bei dem Experten darüber diskutiert haben, auf welche Weise und in welchen Schritten nichtstrategische Nuklearwaffen unter russischer und amerikanischer Beteiligung abgerüstet werden können. Immerhin: Das Gute daran war, dass sich Russen und Amerikaner an dieser Debatte beteiligt haben.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Finckh-Krämer.

Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD):

Ich habe drei kurze Fragen. Die erste Frage zur Nichtverbreitungs- und Abrüstungsinitiative, NPDI. Wird es dazu vor der Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag ein Außenministertreffen geben, und, wenn ja, mit welchen Themen bzw. welchem Ziel?

Zweitens, Vertrag über den Offenen Himmel. Wie ist der Stand bei der Beschaffung eines eigenen deutschen Beobachtungsflugzeuges? (D)

Drittens, der sogenannte P-5-Prozess, der nach der letzten Überprüfungskonferenz zum Atomwaffensperrvertrag entstanden ist. Welche Bedeutung für die Überprüfungskonferenz misst die Regierung diesem Prozess bei?

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Erstens. Was ein Außenministertreffen vor der nächsten Konferenz angeht, so wird noch geprüft, ob das sinnvoll ist. Es macht, glaube ich, nur Sinn, die Außenminister zusammenzubringen, wenn wir von der Expertenebene das Signal bekommen, dass es Fortschritte auf der Arbeitsebene gegeben hat. Um es in aller Offenheit zu sagen: Das ist bisher noch nicht der Fall. Insofern ist die Frage nach dem Treffen der Außenminister noch nicht abschließend mit Nein zu beantworten; aber es muss sich bis dahin noch etwas bewegen.

Zweitens. Was die Anschaffung eines eigenen Überwachungsflugzeugs angeht, so ist dazu bisher keine abschließende Entscheidung innerhalb der Bundesregierung getroffen.

Drittens. Der P-5-Prozess geht voran. Er widmet sich den Fragen, die eben in der ersten Frage von Herrn van Aken schon angesprochen worden sind, und weiteren noch offenen Fragen, insbesondere der Frage, wie wir die Staaten, die zwar Atomwaffenstaaten, aber nicht Un-

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) terzeichner des Atomwaffensperrvertrages sind, nach und nach in das Kontrollregime einbeziehen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frithjof Schmidt.

Dr. Frithjof Schmidt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Danke. – Herr Außenminister, Sie haben in Ihrem Vortrag auch die Bedeutung von Kleinwaffen angesprochen, gerade auch die Proliferation von Kleinwaffen. Die Bundesregierung selbst sagt, dass gerade Staaten mit fragiler Staatlichkeit besonders unterstützt werden sollten. Welche konkreten Überlegungen gibt es, den Export von Kleinwaffen restriktiv zu gestalten? Gibt es Fortschritte bei der Markierung von Kleinwaffen? Gibt es Überlegungen, bestimmte Staaten oder Staatengruppen zu listen und dann generell den Export von Kleinwaffen dorthin nicht mehr zu genehmigen? Welche konkreten Schritte zur Umsetzung der Beschränkung von Kleinwaffenexporten wollen Sie also unternehmen?

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

- Zunächst zu unserem multilateralen Engagement, das durchaus über die Grenzen unseres eigenen Landes hinaus anerkannt wird. Deutschland hat in den wichtigsten multilateralen Foren – dazu gehören natürlich zuvörderst die Vereinten Nationen, aber auch die OSZE – durch inhaltliche und finanzielle Beiträge nicht nur zur Verbesserung der Kontrolle des illegalen Handels, sondern auch – Waffen sind ja im Verkehr – zum besseren, sicheren Umgang mit Kleinwaffen ein hohes Profil erworben. Beispiel dafür ist der Einsatz beim letzten Staatentreffen zum VN-Kleinwaffenaktionsprogramm für den vermehrten Gebrauch neuer Technologie zur Sicherung von Kleinwaffen vor Diebstahl und unberechtigter Benutzung; dazu gehört auch die Kennbarmachung der Herkunft von Waffen.

Das Auswärtige Amt engagiert sich mit über 5 Millionen Euro bei konkreten Projekten zur weltweiten Umsetzung der Vorgaben des Kleinwaffenaktionsprogramms. Die wichtigen Partner sind dabei das Abrüstungsbüro der Vereinten Nationen, die OSZE und die NATO.

In dem Abrüstungsbericht selbst, der Ihnen vorliegt, sind verschiedene Projekte aufgeführt, die wir bilateral unterstützen, zum Beispiel die langfristige Förderung einer nationalen Kleinwaffenkommission an der Elfenbeinküste, aber auch Projekte in anderen afrikanischen Staaten, wo Kleinwaffen ein großes Problem sind.

Ansonsten darf ich darauf hinweisen, dass sich diese Bundesregierung nicht nur einer größeren Transparenz beim Rüstungsexport, sondern auch einer sehr nachhaltigen Kontrolle möglicher Empfängerländer, gerade bezüglich des Missbrauchs von Kleinwaffen, verschrieben hat.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich möchte noch einmal auf die Zeitvorgaben aufmerksam machen. Ich weiß, dass es bei komplexen The-

men ein bisschen schwierig ist, diese einzuhalten. Aber es gibt so viele Nachfragen, dass gegebenenfalls ergänzende Informationen noch bei der Beantwortung der nächsten oder übernächsten Frage vermittelt werden können. – Frau Vogler ist die nächste Fragestellerin.

Kathrin Vogler (DIE LINKE):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Minister, ich möchte an das anknüpfen, was Sie eben gesagt haben. Wie verträgt es sich mit dem Engagement der Bundesregierung gegen die weitere Verbreitung von Kleinwaffen, dass kürzlich bei einem Besuch des Wirtschaftsstaatssekretärs Beckmeyer in Indien auch die Firma Heckler & Koch Teil der Delegation gewesen ist? Wie verträgt sich die Tatsache, dass viele Mitglieder dieses Hauses und auch Mitglieder der Bundesregierung noch kurz vorher beim Red Hand Day gegen den Einsatz von Kindersoldaten eingestanden sind, damit, dass die Bundesregierung offensichtlich den Export von Kleinwaffen durch die Beteiligung dieser Firma an der Wirtschaftsdelegation fördert, und zwar in ein Land, in dem nachweislich Minderjährige in bewaffneten Konflikten eingesetzt werden? Wie verträgt sich das mit der von Ihnen gerade postulierten Transparenz, dass genau dieser Teil der Staatssekretärsreise vor der Öffentlichkeit geheim gehalten wurde?

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich nehme an, dass Sie diese Frage unmittelbar an Herrn Staatssekretär Beckmeyer richten wollen. – Wenn das nicht der Fall ist, dann antworte ich Ihnen gerne wie folgt: Ich begrüße es sehr, dass sich viele Abgeordnete nicht nur an der Red-Hand-Diskussion beteiligen, sondern auch Gesicht zeigen und deutlich machen, dass sie den Export und die Benutzung von Kleinwaffen in falschen Händen möglichst gering halten, wenn nicht sogar ausschließen wollen.

Was die Reise von Angehörigen der Bundesregierung in Drittländer angeht: Bei den Reisen von Ministern und Staatssekretären sind neben Abgeordneten des Deutschen Bundestages Delegationen – in meinem Fall häufig Kulturdelegationen –, selbstverständlich auch Wirtschaftsdelegationen, dabei. Daran ist, finde ich, überhaupt nichts auszusetzen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Haßelmann.

Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Außenminister, Sie haben in Ihrem kurzen Bericht ein paarmal den Iran angesprochen. Mich interessiert, ob Sie die Auffassung Ihres Kabinettskollegen Gabriel teilen, der im Hinblick auf den Blogger Badawi am Wochenende gesagt hat, dass man Herrn Badawi am besten helfen könne, indem man öffentlich nicht über den Fall spricht. – Das ist auch eine versteckte Kritik an dem unglaublich starken Engagement von Amnesty International und vieler internationaler NGOs, die den Fokus der Öffentlichkeit auf die dramatische Situation dieses Bloggers in Bezug auf die

Britta Haßelmann

- (A) Menschenrechtsverletzungen gerichtet haben. Daher interessiert mich: Teilen Sie die Auffassung von Herrn Gabriel, dass wir das lieber ausschweigen sollten? – Das betrifft allerdings Saudi-Arabien und nicht den Iran.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich glaube, Sie unterstellen Herrn Gabriel etwas, was er so gar nicht zum Ausdruck bringen wollte. Wenn Sie mit Ihrer Frage zum Ausdruck bringen wollen, dass es nur einen richtigen Weg gibt, um den Bedrängten und – wie in diesem Fall – den Geschlagenen zu helfen, dann will ich Ihnen sagen: Ich habe gerade gestern Nachmittag in Genf ganz offen mit Amnesty International gesprochen. Es ging nicht nur um den von Ihnen genannten Fall, sondern auch um die unterschiedlichen Möglichkeiten und Wege, die wir nehmen müssen, um solchen Menschen in ihrer jeweiligen Situation zu helfen.

Jenseits der etwas plakativen Gegenüberstellungen, was richtig ist, die öffentliche Pressekonferenz oder der Versuch, die Kontakte in diese Regionen oder diese Länder zu nutzen,

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war nicht mein Thema!)

wissen die NGOs sehr genau, dass wir sowohl sichtbar machen müssen, welches Schicksal einzelnen Menschen in dieser Region droht, als auch andere Möglichkeiten nutzen müssen, die nicht jeder zur Verfügung hat, um auf das Schicksal derjenigen anzusprechen und möglichst Besserung zu erreichen. Ich glaube, das eine gegen das andere auszuspielen, bringt nichts und hilft insbesondere den Menschen dort nicht.

- (B)

(Britta Haßelmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sehe ich ja genauso!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Kollege Mützenich.

Dr. Rolf Mützenich (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich finde es sehr angemessen, dass wir heute noch einmal daran erinnern, dass Deutschland einen sehr wichtigen Beitrag bei der Vernichtung der syrischen Chemiewaffen geleistet hat, umso mehr, als sich eine Fraktion mehrheitlich nicht zu einem Ja durchringen konnte. Das zeigt im Grunde genommen, dass die Abrüstung sehr stark zur Schau gestellt wird, dann aber, wenn es hart auf hart kommt, eine Zustimmung verweigert wird.

Mich interessiert, Herr Bundesaußenminister, wie Deutschland gerade hier eine weitere Unterstützung der Vereinten Nationen bei dem gemeinsamen internationalen Anliegen betreffend Abrüstung und Rüstungskontrolle leisten kann. Vielleicht können Sie insbesondere darauf noch einmal Bezug nehmen, dass wir leider vor einigen Monaten erleben mussten, dass durch die Annexion der Krim auch das Budapest-Abkommen verletzt wurde, wodurch möglicherweise der Verbreitung der Atomwaffen Vorschub geleistet wurde, weil damals die Ukraine im Zusammenhang mit dem Budapest-Abkom-

- men die russischen Atomwaffen nach Moskau zurückgegeben hat. An diesen Anlass und diesen Zusammenhang muss man immer wieder erinnern. (C)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Vielen Dank für die Erinnerung an zurückliegendes Abstimmungsverhalten, das manchmal merkwürdig kontrastiert mit den Vorwürfen, die an uns oder die Bundesregierung gerichtet werden. – Ich erinnere daran, dass wir seit Beginn der Regierungstätigkeit unablässig dafür geworben haben, dass trotz der schwieriger gewordenen Zeiten zum Beispiel ein Militärbündnis wie die NATO das Thema Abrüstung nicht als Projekt verwirft, wohl wissend, dass es im Augenblick nur schwer vorankommt. Wir haben beim letzten NATO-Gipfel im Grunde genommen noch einmal die Formulierung aufrechterhalten, dass die in der NATO verbündeten Staaten über mehr Transparenz und gegenseitige Kontrolle bei Rüstungsverfahren miteinander ins Gespräch kommen; dieses Angebot gilt auch für Russland.

Aus den Gründen, die eben genannt worden sind, dem Völkerrechtsverstoß bei der Annexion der Krim, dem Verstoß gegen das Budapest-Abkommen, sind wir jetzt in einer Situation, die auch gestern in der Genfer Abrüstungskonferenz eine große Rolle gespielt hat. Das alles hat in kurzer Zeit so viel Vertrauen zerstört, dass wir auf vielen anderen Wegen, selbst da, wo in letzter Zeit leichte Fortschritte erkennbar waren wie beim Umgang mit spaltbarem Material, im Augenblick zurückfallen. Insofern müssen wir uns bei der Entschärfung der Ukraine-Krise möglichst auf eine politische Lösung konzentrieren, um auf anderen Feldern der Rüstungspolitik, der Rüstungskontrollpolitik und der Abrüstungspolitik wieder voranzukommen. (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Brugger.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, vielen Dank. – Herr Minister, ich würde gern an eine Frage anknüpfen, die der Kollege van Aken gestellt hat. Ich freue mich, zu hören, dass sich die Bundesregierung dem Ziel des Abzugs der US-Atombomben aus Deutschland noch verpflichtet fühlt. Das konnte man in den letzten Monaten nicht so stark wahrnehmen. Es ist auch sicherlich gut, dass Sie Verhandlungen zwischen den USA und Russland unterstützen wollen, auch wenn sie derzeit als nicht besonders wahrscheinlich erscheinen. Trotzdem gibt es weitere Fragen, die damit zusammenhängen und bei denen sich die Bundesregierung endlich einmal positionieren müsste; denn die USA modernisieren ihre Atomwaffen. Davon sind auch die in Büchel gelagerten betroffen.

Für Deutschland stellt sich ganz konkret die Frage, wie sich die Bundesregierung zu diesen Modernisierungsplänen verhält. Wird es dadurch, dass diese Waffen für Milliardenbeträge modernisiert werden, nicht unwahrscheinlicher, dass diese Waffen abgezogen werden?

Agnieszka Brugger

- (A) Ich frage auch vor dem Hintergrund, dass es in den USA eine Debatte darüber gibt, dass sich die Staaten, in denen diese Waffen gelagert sind, an den Kosten beteiligen sollen. Dazu, dass Deutschland Bundeswehrpiloten entsprechend ausbildet und den Tornado als Trägermittel für einen möglichen Abwurf dieser Waffen bereitstellt – diese Modernisierung würde viele Millionen kosten –, hüllt sich die Bundesregierung aber in Schweigen. Ich glaube, es wäre wichtig, die Position der Bundesregierung dazu zu hören; auch das hat etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich darf noch einmal alle Beteiligten bitten, gelegentlich auf die Lampen zu schauen, die der zeitlichen Orientierung dienen sollen. – Herr Minister.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Abrüstungspolitik hat auch etwas mit Glaubwürdigkeit zu tun, und ich versuche, Ihnen hier nichts vorzumachen. Deshalb sage ich: Es bleibt ein langfristig anzustrebendes Ziel, möglichst eine nuklearwaffenfreie Welt zu schaffen und auf dem Weg dahin den deutschen Boden von Nuklearwaffen zu befreien. Aber es muss verhandelt werden. Niemand kann sich Abrüstungsziele herbeiwünschen, sondern sie müssen, auch hinsichtlich der Nuklearwaffen, politisch durchgesetzt, also in Verhandlungen erreicht werden. Das ist so einfach nicht möglich.

- (B) Auch wenn Sie daraus einen Vorwurf ableiten, ist es, glaube ich, verantwortungsvolle Außenpolitik, wenn wir bezüglich der Ziele, die wir kurzfristig leider nicht erreichen können, nicht täglich mahnend an die Öffentlichkeit treten, sondern uns auf die Bereiche konzentrieren, in denen wir etwas bewegen können. Deshalb sage ich noch einmal, genauso wie in meiner Antwort auf die vorangegangene Frage: Wer nicht zur Kenntnis nimmt, dass der Ukraine-Konflikt im Augenblick der Konflikt ist, der uns an vielen anderen außen- und verteidigungspolitischen Verabredungen mit Russland hindert, der sieht nicht, wie bedrohlich dieser Konflikt für die weitere Entwicklung ist, auch in der Abrüstungspolitik. Deshalb müssen wir im Augenblick leider viel Zeit und Engagement auf die Lösung dieses Konflikts verwenden. Ob der Abzug von strategischen Nuklearwaffen dadurch leichter wird, kann ich Ihnen nicht versprechen; aber das Ziel gerät nicht dadurch aus den Augen, dass wir uns im Augenblick auf noch drängendere Konflikte konzentrieren müssen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Gehrcke.

Wolfgang Gehrcke (DIE LINKE):

Schönen Dank, Herr Präsident. – Ich bin friedlich gestimmt in diesen Saal gekommen. Nach der Frage des Kollegen Mützenich möchte ich zum Ausdruck bringen, dass ich der Meinung bin, dass wir hier verabreden sollten, über den Jahresabrüstungsbericht im Plenum gemeinsam und seriös zu diskutieren.

(Dr. Rolf Mützenich [SPD]: Das finde ich auch!)

(C)

Eine solche Debatte fände ich völlig richtig. Dazu gehören dann auch unser Abstimmungsverhalten und vieles andere. Wir brauchen völlige Offenheit. Es wäre unseriös, sich schon jetzt intensiv zum Jahresabrüstungsbericht zu äußern, den wir gerade erst erhalten haben.

Ich möchte einer Grundthese, die der Herr Außenminister vorgetragen hat, in Form einer Frage widersprechen. Für mich gehört zur Abrüstung immer auch die Bereitschaft zur einseitigen Abrüstung. Wenn man Prozesse voranbringen will, muss man bereit sein, in bestimmten Bereichen einseitig voranzugehen, um andere dazu zu bewegen, dasselbe zu tun. Herr Außenminister, der Vorstand Ihrer Partei hat beschlossen, ein Konzept für eine neue Entspannungs- und Ostpolitik vorzulegen. Das Gleiche hat der Vorstand meiner Partei beschlossen. Meinen Sie nicht auch, dass es Teil der Abrüstungspolitik ist, über Entspannungs- und neue Ostpolitik gerade jetzt zu diskutieren? Sie sagen zu Recht – damit komme ich zum Ende meiner Frage –, dass die Ukraine vieles blockiert, was eigentlich notwendig ist.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich bin nicht nur der Meinung, dass wir darüber diskutieren müssen, sondern ich diskutiere darüber, auch auf öffentlichen Veranstaltungen, und es gibt Papiere der SPD dazu. Am liebsten würde ich die Frage an Sie zurückgeben und Sie fragen: Glauben Sie wirklich, dass der Aufruf nach einseitiger Abrüstung in der jetzigen Situation, in der sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs einseitig durch Russland Grenzen verschoben werden, richtig ist? Glauben Sie, dass das das richtige Fundament ist für einseitige Schritte seitens der NATO, des Westens?

(D)

Insofern kann ich nur sagen: Es ist leider ein bisschen komplizierter. Wenn es uns gelingt, den gegenwärtigen Konflikt zu entschärfen, wäre das viel. Damit sind wir noch lange nicht bei einer politischen Lösung. Aber um das in den letzten zwölf Monaten verlorengegangene Vertrauen wiederaufzubauen, werden wir möglicherweise Jahre brauchen. Bevor das nicht erreicht ist, befürchte ich, werden die Staaten, die wir meinen, zu einseitigen Schritten nur sehr schwer bereit sein.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Beck.

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Herr Präsident. – Herr Außenminister, Sie hatten vorhin neben der Ukraine noch ein anderes Thema erwähnt, nämlich die aktuelle Diskussion um den Iran. Ich komme gerade aus Washington, wo man in den letzten Tagen sehr viel über eine Rede diskutiert hat und vor allen Dingen über die Differenzen des israelischen Premierministers und des amerikanischen Präsidenten hinsichtlich der Frage, wie der Verhandlungsstand zum Iran-Deal einzuschätzen ist. Das Einzige, worüber man

Volker Beck (Köln)

- (A) sich einig ist, ist, dass ein „bad deal“ schlimmer ist als kein Deal.

Jetzt ist aber natürlich die Frage – das ist ja da auch strittig –: Welche Kriterien setzt man an, um zu sagen, dass es ein hinreichender oder guter Deal ist? Ich würde gerne die Position der Bundesregierung dazu erfragen. Denn es ist ja ein zentraler Punkt, dass man, um weitere atomare oder nukleare Aufrüstung in dieser Region zu verhindern, hier zu einem Ergebnis kommen muss. Ich würde gerne wissen, welche Vorstellungen von Anforderungen an einen solchen Deal Sie haben, also etwa hinsichtlich Break-out-Zeit für den Iran, Vertragsdauer einer solchen Vereinbarung –

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Beck.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Rot heißt „Zeit ist um“!)

Volker Beck (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
– oder Rückbau der jetzt vorhandenen Fähigkeiten und nuklearen Möglichkeiten des Iran.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Herr Beck, Sie kommen gerade aus den USA. Ich werde in wenigen Tagen auf dem Weg in die USA sein. Dort besteht in der Tat großes Interesse, über unsere, die deutsche Haltung zu dem gegenwärtigen Stand der Iran-Verhandlungen zu sprechen.

(B)

Ich habe vorhin eine Tendenz angedeutet, und ich sehe, dass es sich lohnt, die jetzt verbleibenden dreidreiviertel Monate, die wir noch bis zur Jahresmitte haben, zu nutzen. Klar muss sein: Es wird darüber hinaus keine weitere Verlängerung des Verhandlungsszenarios geben, weder der Iran ist dazu bereit noch die Amerikaner noch Dritte. Insofern gilt es jetzt. Was in den nächsten dreidreiviertel Monaten nicht gelingt, wird danach nicht mehr gelingen. Wir werden dann in einer weiteren Region Zuspitzungen erleben. Dies würde ich gerne vermeiden. Deshalb beteilige ich mich auch nicht an diesen schlagwortartigen Auseinandersetzungen, wie sie gerne in der Öffentlichkeit geführt werden. Ein bisschen gehört dazu auch die These: Ein schlechter Deal ist noch schlechter als gar kein Deal.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das sagt sogar Obama!)

Denn man muss sich ja fragen: Wer ist wirklich auf der Suche?

Dahinter steckt ja ein Vorwurf, den ich nur ungern tragen möchte, nämlich dass irgendjemand bereit wäre, einen schlechten Deal abzuschließen. Deshalb sage ich auch in öffentlichen Reden in Israel immer: Es wird keinen guten und keinen schlechten Deal geben, es wird nur ein Verhandlungsergebnis geben, das ausschließt, dass sich der Iran in den Besitz von Atomwaffen bringen kann. Dafür gibt es verschiedene Kriterien, die in Bezug zueinander stehen. Und ich plädiere tatsächlich dafür,

dass wir nicht jedes dieser Kriterien öffentlich diskutieren. (C)

Vielen Dank.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

So, ich habe jetzt noch Wortmeldungen von Frau Hänsel, Frau Keul, Frau Höger, Frau Brugger und Herrn van Aken notiert. Damit würde ich gerne die Fragen zu diesem Bericht abschließen, zumal es noch weitere angemeldete Fragen an die Bundesregierung zu der heutigen Kabinettsitzung gibt und wir uns jetzt schon dem Ende des Zeitformats, das üblicherweise für die Regierungsbefragung vorgesehen ist, nähern. Wir verlängern sie dann entsprechend.

Für diese weiteren jetzt angemeldeten und genannten Fragen halte ich dann aber an unserem Zeitregime für die Fragen und für die Antworten fest: jeweils eine Minute, danach Ende.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Abdrehen notfalls!)

So, Frau Hänsel.

Heike Hänsel (DIE LINKE):

Danke schön, Herr Präsident. – Es geht hier jetzt ja um den Jahresabrüstungsbericht. Gleichzeitig, Herr Minister, erleben wir, dass in der öffentlichen Diskussion massiv die Forderung nach Aufrüstung erhoben wird, vor allem nach mehr Geld für Militärausgaben. Die NATO-Mitgliedstaaten sollen 2 Prozent ihres BIP pro Jahr für Rüstung bzw. für Militär ausgeben. Meine Frage: Wie beurteilen Sie diese Bestrebungen der NATO? Denken Sie, dass sie in irgendeiner Form zur Abrüstung beitragen? Es geht ja auch um die Modernisierung von Waffen usw. (D)

Gleichzeitig erleben wir einen Aufwuchs der Präsenz von NATO-Truppen in den Nachbarstaaten Russlands und auch die Verbringung von Kriegsmaterial bzw. von Waffen in diese Region. Wie wollen Sie denn angesichts dieses Gebarens der NATO und ihrer Mitgliedstaaten verhindern, dass es zu einer neuen Aufrüstungsspirale in Europa kommt?

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich muss zugeben: Bei dieser Frage ist es schwer, die Nerven zu behalten.

(Peer Steinbrück [SPD]: Wohl wahr!)

Als ob die Aufrüstung vom Westen ausgegangen sei! Sie vergessen bei der ganzen Beschreibung der gegenwärtigen Entwicklung – auch ich wünschte mir, sie verlief anders –, dass dem etwas vorangegangen ist.

(Peer Steinbrück [SPD]: Sehr richtig!)

Die Korrektur von Grenzen hat, wie ich vorhin gesagt habe, sieben Jahrzehnte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stattgefunden, und zwar durch Annexion der Krim. Dem Nachbarland Russlands, der Ukraine, ist ein Teil des Staatsgebietes entrissen worden. Sie beklagen

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

- (A) sich aber im Wesentlichen darüber, dass es zu einer verstärkten Präsenz, nicht einmal einer Aufrüstung, der NATO am Ostrand des NATO-Gebietes – übrigens nicht darüber hinaus – gekommen ist.

Die NATO bewegt sich also im Rahmen des vertraglich Zulässigen, und zwar im Rahmen des Auftrages, den sie hat und der darin besteht, ihre Mitglieder tatsächlich zu schützen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Vielen Dank.

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Insofern kann ich nur sagen: Ich kann verstehen, dass Sie das Thema Aufrüstung gerne als Thema der NATO adressieren möchten.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Na, was ist denn mit den 2 Prozent? Sie haben dazu nichts gesagt!)

Nur: Ich befürchte, in Wahrheit ist es ein bisschen andersherum.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Ach ja?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Keul.

Katja Keul (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

- (B) Herr Minister, wir sind uns ja völlig einig über die Bedeutung von Abrüstungsmaßnahmen auch als vertrauensbildende Maßnahmen, gerade in der heutigen Zeit. Aber genauso einig dürften wir uns über die Bedeutung der Vereinten Nationen in der heutigen Zeit sein. Deswegen frage ich Sie, wie es vor diesem Hintergrund dazu passt, dass Sie im Auswärtigen Amt – das haben wir gerade gehört – umstrukturiert haben. Die Abteilung „Abrüstung“ ist zu einer Unterabteilung geworden und mit der Abteilung „Vereinte Nationen“ zusammengelegt worden. Können Sie uns versichern, dass die dadurch freiwerdenden Mittel dem Thema Abrüstung erhalten bleiben?

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich darf Ihnen versichern: Mit finanziellen Mitteln hat das überhaupt nichts zu tun. Die für Abrüstung zur Verfügung stehenden Mittel werden in keiner Weise eingeschränkt. Mit Unterstützung des Hohen Hauses werde ich auch in den kommenden Haushaltsverhandlungen darum bemüht sein, die Mittelausstattung weiter zu verbessern.

Die Zusammenfügung der beiden Kompetenzen „Internationale Ordnung“ und „Abrüstung“ stellt keine Abwertung beider Teile dar, sondern nach meiner festen Überzeugung – ich freue mich darüber, dass das in den meisten Expertenkommentaren, wie ich vernommen habe, genauso gesehen wird – eine Verbesserung und Aufwertung.

(C) Dass es eine eigenständige Abrüstungsabteilung gab, stammt im Grunde genommen aus einer Zeit, in der wir noch in Ost-West-Kategorien gedacht haben. Inzwischen haben wir andere Konfliktlagen. Darum habe ich in meinen Eingangsbemerkungen vorhin gesagt: Abrüstung liefert im Grunde genommen Bausteine für den Bau einer neuen und hoffentlich stärkeren internationalen Ordnung. Deshalb gehören diese Bereiche zusammen, auch aufgrund der Kompetenzen, die in der Abteilung „Internationale Ordnung“ vorhanden sind. Ich finde, das war eine richtige Entscheidung. Ich bin dankbar dafür, dass die meisten in der Öffentlichkeit das so sehen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:
Frau Höger.

Inge Höger (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Herr Steinmeier, Sie haben auf die Fragen nach Abrüstung bisher nicht konkret geantwortet. Sie haben keine konkreten Ziele benannt und nicht gesagt, wo die Bundesregierung wirklich abrüsten will. Sie haben nur mit Verweis auf Russland erwähnt, dass jetzt keine Zeit für Abrüstung ist. Sie legen uns somit heute einen Abrüstungsbericht vor – wir alle haben ihn noch nicht gelesen –, der wohl nur aus Sprechblasen besteht. Was ist mit der Verpflichtung, pro Jahr im Umfang von 2 Prozent des BIP aufzurüsten, die die NATO beschlossen hat? Was ist mit den neuen Panzern, die Frau von der Leyen beschaffen möchte? Ist das Aufrüstung oder Abrüstung? Wir fordern Abrüstung. Damit fängt man zu Hause an.

(Volker Beck [Köln] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die Regierungsbefragung! Eine Frage hat ein Fragezeichen am Ende des Satzes! – Gegenruf des Abg. Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Kollege Beck, zuhören! Ein bisschen aufpassen, Kollege Beck!)

(D)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich finde, wenn Sie fragen und ich antworte, dann sollten Sie meine Antworten wenigstens zur Kenntnis nehmen. Wenn Sie meine Antworten zur Kenntnis genommen haben, dann verstehe ich nicht, wie Sie sagen können, dass ich auf Ihre Fragen bisher nicht geantwortet habe. Im Gegenteil!

In der Vorbemerkung habe ich gesagt: Fast unerwartet und im Vergleich zu den Jahren davor überraschend ist uns in einem Feld eine Abrüstungsmaßnahme in einer Größenordnung gelungen, mit der niemand gerechnet hätte, nämlich die Vernichtung von Chemiewaffen in Syrien. Das war sogar mit der Bereitschaft Syriens verbunden, dem internationalen Chemiewaffenabkommen beizutreten. Gelänge uns – jetzt muss ich im Konjunktiv sprechen – eine Vereinbarung mit dem Iran, wäre das von der Bedeutung her ein noch größerer Beitrag zur weltweiten Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Wer vor diesem Hintergrund sagt, ich würde nicht konkret auf Ihre Fragen antworten, der, finde ich,

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Na, was?)

Bundesminister Dr. Frank-Walter Steinmeier

(A) spricht nicht ganz die Wahrheit.

(Heike Hänsel [DIE LINKE]: Was ist denn nun mit den 2 Prozent Aufrüstung in der NATO? – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Was ist denn nun mit den 2 Prozent?)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Brugger.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Herr Minister, nochmals vielen Dank. Leider muss auch ich behaupten, dass Sie auf meine Frage nicht geantwortet haben. Ich habe vorhin nämlich nicht nach der Einschätzung der Wahrscheinlichkeit des Abzuges der US-Atomwaffen aus Deutschland gefragt, sondern nach der Position der Bundesregierung zu den US-amerikanischen Modernisierungsplänen, wodurch diese Waffen ja leistungsfähiger gemacht werden sollen. Ich habe gefragt, wie sich das auf die Wahrscheinlichkeit des Abzuges auswirkt und was das finanziell für die Bundesrepublik heißt – auch vor dem Hintergrund, dass die SPD das in den vergangenen Jahren ebenfalls sehr stark kritisiert und gesagt hat: Wir wollen nicht die Trägermittel für noch leistungsfähigere Atomwaffen modernisieren. Das widerspricht auch dem Ziel, diese Waffen abzuziehen.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Da muss er jetzt wieder im Konjunktiv antworten!)

(B) **Dr. Frank-Walter Steinmeier**, Bundesminister des Auswärtigen:

Vielleicht wissen Sie hier mehr als ich. Nach allem, was ich weiß und was mir an Informationen vorliegt, soll es keine technischen Verbesserungen im Sinne von Reichweitenverlängerung und optimierter Einsatzmöglichkeit geben, sondern einen lebensverlängernden Austausch von Materialien, die sozusagen technisch an ihr Lebensende gekommen sind.

Insofern ist das, was Sie in Ihrer Frage unterstellen, nämlich dass wir vor einer neuen Aufrüstungsrunde stehen, schlicht und einfach nicht mit den Informationen übereinstimmend, die ich zur Verfügung habe.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das hat die SPD noch letztes Jahr behauptet!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr van Aken.

Jan van Aken (DIE LINKE):

Herr Steinmeier, um auf den letzten Punkt einzugehen: Ihre Informationen sind da offenbar tatsächlich nicht ganz korrekt. Es geht auch um eine Erweiterung der Einsatzszenarien dieser taktischen Atomwaffen. Sie sollten sich da noch einmal ordentlich briefen lassen. Das wird dann tatsächlich etwas anderes sein als das, was bis jetzt dort in Büchel steht.

Ich habe aber eine ganz andere Frage, bei der es um Drohnen und vollautomatische bzw. vollautonome Waffen geht. Das erwähnen Sie auch in den Schwerpunkten Ihres Jahresabrüstungsberichtes. (C)

Ich habe mit Freude vernommen, dass Sie sich für eine internationale Ächtung der vollautonomen Waffensysteme einsetzen. Hier würde mich interessieren: Was heißt das konkret? Sind Sie als Bundesregierung auch bereit, hier einen einseitigen Schritt zu machen und die Entwicklung, den Bau und den Einsatz vollautonomer Waffensysteme zu verbieten?

Viel spannender finde ich aber, dass Sie im gleichen Satz im Jahresabrüstungsbericht schreiben, dass das von den Drohnen völlig zu trennen ist. Das kann ich überhaupt nicht verstehen; denn Sie wissen genauso gut wie ich, dass bewaffnete Drohnen und Kampfdrohnen

(Abg. Jan van Aken [DIE LINKE] wird das Ende seiner Redezeit angezeigt)

– ich bin in fünf Sekunden fertig, Herr Lammert – das Einsatzszenario verändern und dass so natürlich neue Kriege möglich werden.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Jetzt sind wir in der elften Sekunde.

Jan van Aken (DIE LINKE):

Sie haben die Frage verstanden, Herr Steinmeier.

Ich bedanke mich. (D)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Bitte.

(Jan van Aken [DIE LINKE]: Ihn lassen Sie aber immer länger reden!)

Dr. Frank-Walter Steinmeier, Bundesminister des Auswärtigen:

Ich habe die Frage verstanden, aber ich bin nicht ganz einverstanden mit der Unterstellung, dass es notwendigerweise ein und dasselbe ist, wenn wir von Drohnen und vollautonomen Waffensystemen reden. Das ist möglicherweise die Sprachregelung in Ihrer Fraktion, aber in den internationalen Debatten, an denen ich mich beteilige, wird hier sehr wohl ein Unterschied gemacht.

Vollautomatische Waffensysteme sind Systeme, die dem Soldaten die Entscheidung darüber, ob auf den roten Knopf gedrückt wird oder nicht, abnehmen. Das ist bei Drohnen nicht notwendigerweise der Fall. Drohnen – jedenfalls die, die heute im Einsatz sind – können das nicht und sollen das nach unserer Auffassung auch nicht können. Deshalb haben wir diesem Punkt schon im Koalitionsvertrag eine sehr herausgehobene Bedeutung zugemessen und dort in Bezug auf die vollautomatischen Waffensysteme sehr sorgfältig formuliert. Wir entwickeln sie auch nicht. Insofern, glaube ich, besteht kein Anlass zur Sorge.